

Hochschulwahlen 2019

15. - 17. Januar

**Deine Stimme für einen
besseren AStA**

Das Wahlprogramm der Juso-Hochschulgruppe Göttingen

Studierendenparlament: Liste 5
Senat: Liste 2



www.linke-kraft.de



[@jusohsg.goe](https://www.instagram.com/jusohsg)



**JUSO HSG
GÖTTINGEN**

Liebe Wähler*innen,

in euren Händen haltet ihr unser Wahlprogramm zu den Hochschulwahlen 2019. Als Juso-Hochschulgruppe Göttingen treten wir auch in diesem Jahr auf allen Ebenen der studentischen und akademischen Selbstverwaltung an, um eure Interessen an der Universität zu vertreten. Unser Anspruch dabei ist es, aktive, progressive und emanzipatorische Hochschulpolitik umzusetzen, damit das Studium und das Zusammenleben in Göttingen besser werden.

Als feministischer, sozialistischer, internationalistischer und antifaschistischer Richtungsverband orientieren wir uns an Idealen wie sozialer Gerechtigkeit, Solidarität und Demokratie. Mit unserer engagierten Arbeit in den verschiedenen Gremien innerhalb und außerhalb der Universität stehen wir für unsere Ideale und die Interessen der Studierendenschaft ein. Wir wollen Euch gut nach Außen gegenüber dem Studierendenwerk, der Stadt Göttingen, dem Land Niedersachsen und auf Bundesebene vertreten und aktiv Verbesserungen, z.B. im Studium, der Wohnraumsituation oder der Studienfinanzierung, erreichen.

Hochschulpolitik bedeutet für uns auch immer Gesellschaftspolitik, da die Universität auch ein Teil dieser ist. Deswegen sehen wir die Aufgaben des AStA (Allgemeiner Studierendenausschuss) auch in der allgemeinpolitischen Positionierung zu Themen wie dem Kampf gegen rechtes Gedankengut oder anderen Diskriminierungsformen. Wir setzen uns aktiv gegen Rassismus, Sexismus, Homophobie, Antisemitismus und Ableism sowie für eine freie Gesellschaft ein – gerade in Zeiten einer AfD im Bundestag und im niedersächsischen Landtag ist dies bitter nötig.

Daher bringen wir uns beispielsweise im Göttinger Bündnis gegen Rechts ein, sind mit anderen Initiativen vernetzt und stellen uns rechtem Gedankengut auch auf der Straße in den Weg. Durch das allgemeinpolitische Mandat sehen wir uns in der Pflicht, Veranstaltungen zur politischen und kulturellen Bildung anzubieten, die das im Studium vermittelte Fachwissen ergänzen.

Zu guter Arbeit im AStA gehören natürlich auch die Verhandlungen eines guten Bahn-, Bus- und Kulturtickets, sowie eine kompetente Beratung zu allen Bereichen des Studiums, wie Finanzfragen, Rechtsfragen oder weiteren Belangen der Studierenden.

Mit dem Scheitern der Bewerbung als „Exzellenzuniversität“, die wir als Hochschulgruppe laufend kritisch begleitet haben, sehen wir nun umso mehr den Bedarf, von den Fehlern zu lernen. Daher ist es uns in diesem Jahr besonders wichtig, das Präsidium beim Wort zu nehmen, als es nach der Bekanntgabe einen Fokus in Richtung Studium und Lehre ankündigte. Wir sagen: Das ist überfällig! Statt auf elitäre Spitzenprojekte zu setzen, muss die Universität endlich Geld und Engagement in die Verbesserung der Studienbedingungen investieren. Um dies sicherzustellen wollen wir uns für eine*n studentischen Vizepräsidenten bzw. Vizepräsidentin einsetzen, damit die Belange der Studierenden auch in der Universitätsleitung beachtet werden.

I. Für eine starke Studierendenvertretung!

Die Erfolge, die wir als Teil des AStAs 2017 erzielen konnten, wurden durch die Mitte-Rechts Gruppen die im letzten Jahr den AStA wieder zurückgedreht. Veranstaltungen gab es kaum noch, das Campus Festival wurde schlecht organisiert, sodass nur wenige Besucher*innen kamen und zu allgemeinpolitische Themen wurde keine Stellung bezogen. Referate und deren Service vielen weg und insgesamt wurde wenig gearbeitet, trotz erhöhter Personalkosten. Wir wollen wieder mehr kulturelle und bildungspolitische Veranstaltungen für euch anbieten und die Referate wie Gender & Diversity und Politische Bildung wieder einführen. Wir wollen erneut einen Grundstein für eine aktive und politische Studierendenvertretung legen. Dabei ist es uns wichtig auf eine öffentlich einsehbare Agenda zu setzen, sodass Studierende Erfolge und aktuelle Vorgänge der Studierendenvertretung einsehen können.

Mit unserer Arbeit im AStA haben wir bereits 2016/2017 zeigen können, dass wir für Politik und Service stehen, da beide Bereiche in der Arbeit der Studierendenvertretung für uns untrennbar miteinander verbunden sind. Mit eurer Unterstützung wollen wir gerne wieder des AStA mitstellen und damit den derzeitigen konservativen AStA ablösen, um den Campus wieder ein Stück gerechter und vielfältiger zu machen.

Die Juso-HSG wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass hier rund um Themen wie dem Wohnungsmangel, Studieren mit Kind, Studienfinanzierung oder Unterstützung für beeinträchtigte Studierende ein breites Beratungsangebot bereitgestellt wird. Schlaglichter wie unsere damaligen Elterncafés, ein Arbeitskreis zur nach wie vor schwierigen Wohnsituation oder die Semesterticketrückerstattung unterstreichen diesen Anspruch. Ziel der Studierendenvertretung muss es ebenso sein, Diversität & Vielfalt auf dem Campus zu fördern und benachteiligte Gruppen in Schutz zu nehmen und zu unterstützen. Aus dieser Aufgabe ist in den Jahren 2016/2017 das durch die Juso-HSG betreute Referat für Gender & Diversity entstanden. Dieses konnte neben vielen inhaltlichen Veranstaltungen wie dem zweimal sehr gelungenen feministischen Poetry Slam auch nachhaltig Strukturen an der Universität verändern, zum Beispiel indem erfolgreich eine neue Antidiskriminierungs-Beratungsstelle und ein Pilot-Projekt zur Unterstützung von Trans* Studierenden in der Stabsstelle für Chancengleichheit und Diversität initiiert und geschaffen wurden. Zudem hat das Referat in das offene feministische Redaktionsprojekt „Radikarla*“ gestartet. Mit dem Zustandekommen des mitte-rechts-AStAs im letzten Februar wurde das Referat sofort eingestampft und dessen politische aber auch servicekräftige Arbeit eingestellt. Im Falle einer Wiederwahl streben wir eine erneute Einrichtung dieses Referats an.

Zur Realisierung unseres Anspruches auf ein allgemeinpolitisches Mandat fordern wir einen AStA, der das herkömmliche und meist unkritische Lehrangebot um zusätzliche Veranstaltungen ergänzt und politische Bildung als wichtiges Ziel ernst nimmt. Das in diesem Jahr durchgeführte Campusfestival des jetzigen AStAs war schlecht organisiert und kaum besucht. Wenn wir durch euch in den AStA gewählt werden, werden wir wieder großen Arbeitseinsatz in die Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen wie dieser investieren und eine bessere Ausgestaltung des Festivals wie es in den vorigen Jahren war umsetzen.

Unsere Arbeit in der Studierendenvertretung erfolgte damals einer öffentlich einsehbaren Agenda. Auf diese Weise konnten alle Studierenden unsere Ziele und Forderungen mit der geleisteten Arbeit abgleichen. Im Falle einer Wahl werden wir diese Transparenz wieder fortsetzen.

Transparenz war auch eines unserer größten Anliegen im Studierendenparlament. Daher haben wir direkt zu Beginn der Legislaturperiode die Veröffentlichung des Koalitionsvertrages gefordert sowie die mangelhaften Berichte des AStA kritisiert. Durch die Schaffung von sogenannten „Poolressorts“ umging der AStA die Einrichtung und die Wahl von themenspezifischen Referent*innen und die damit verbundene Berichtspflicht gegenüber dem Parlament und der Studierendenschaft. Insgesamt haben wir sieben Anträge an das Studierendenparlament eingebracht, wovon auch vier angenommen wurden. Unsere Anträge behandelten die Themen Transparenz im AStA, Engagement gegen Antisemitismus und Transfeindlichkeit sowie einer Verbreitung eines Flyers des Göttinger Bündnis gegen Rechts. Darüber hinaus haben wir versucht mit mehreren Änderungsanträgen den Haushaltsplan des AStA zu verbessern, indem Personalkosten gesenkt und in Projekte der Bereiche Soziales, Erstsemesterbetreuung und Semesterticket-Rückerstattung fließen sollten. Diese wurde leider nicht angenommen. Dennoch blicken wir auf ein erfolgreiches Jahr in der Opposition zurück, da wir trotz fehlender Mehrheit Anträge durchbringen konnten und in den Befragungen den AStA immer wieder auf Fehler aufmerksam machen konnten. In der Endbetrachtung des vergangenen Jahres bleibt allerdings das letzte Jahr als vergebenes Jahr, da der AStA weit unter seinen Möglichkeiten blieb und auch konstruktive Vorschläge oftmals ablehnte. Daher wollen wir nächstes Jahr wieder den AStA stellen, um eine bessere Studierendenvertretung mit mehr Service und Projekten und weniger Personalkosten zu stellen.

Und auch außerhalb des StuPa waren wir im vergangenen Jahr äußerst aktiv: So konnten wir eine der zwei studentischen Senator*innen stellen und damit unsere Forderungen so in den Senat, dem höchsten beschlussfassenden Gremium der Universität tragen.

Darüber hinaus sitzt aktuell eine Vertreterin unserer Gruppe in den Gremien des Studierendenwerks und hat sich im vergangenen Jahr aktiv für bezahlbare Mieten, genug Wohnraum, gute Mensen und einen Ausbau der Beratungsangebote eingesetzt. Hinsichtlich der verpatzten Renovierungen durch das Studierendenwerk konnten die schlimmsten Folgen abgehalten werden. Hier konnten wir aber auch an anderer Stelle wieder Erfolge verbuchen. So konnten wir einen Härtefallfonds in Höhe von 20.000€ im Bereich Wohnen durchsetzen und die Kapazität des im Bau befindlichen Wohnheims an der Lutter erhöhen.

Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal unserer Gruppe ist die Vernetzung mit anderen Juso-Hochschulgruppen auf Landes- und Bundesebene. Dort sind wir wieder gut vertreten: Mit einer Landeskoordinatorin für Niedersachsen und einem Mitglied im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen ist Göttingen auch landes- und bundesweit sehr präsent. Außerdem eröffnet sich durch die formale Verbindung zur SPD eine gute Vernetzung in die Kommunal- und Landespolitik. Dabei sind wir bei unseren Inhalten vollständig unabhängig von der SPD und begleiten die aktuelle Politik kritisch. Daher werden wir versuchen einen landesweiten Wohnraumgipfel mit dem Ministerpräsidenten zu veranstalten, um das dringende Wohnraumproblem endlich anzugehen. Ihr seht, wir nehmen Einfluss auf die Politik und mit der Juso-Hochschulgruppe im AStA profitieren davon alle Studierenden der Universität Göttingen.

II. Unsere Forderungen, unsere Ziele!

1. Soziale Gerechtigkeit

Wir kämpfen als Hochschulgruppe aktiv für soziale Gerechtigkeit. Dies bedeutet, dass wir für alle Menschen Hürden an der Hochschule abbauen wollen. Vor allem für diejenigen, die durch ihre Lebenssituation sowieso schon stärker belastet sind. Dazu gehören Studierende mit Kind genauso wie Studierende, die ihr Studium durch einen Nebenjob finanzieren müssen oder auch andere Gruppen von Studierenden, zum Beispiel solche, die Angehörige pflegen. Dazu gehören auch geflüchtete Studierende, denen ein regulärer Hochschulzugang ermöglicht werden muss.

Zu einem guten Studium in Göttingen gehört auch bezahlbarer, studentischer Wohnraum. Seit mehreren Jahrzehnten verschärft sich der Wohnraummangel in der Stadt Göttingen. Allein von 2016 auf 2017 sind die Mieten um 3,88% Prozent gestiegen, in den letzten vier Jahren insgesamt um 24,6%! Das ist fast ein Viertel mehr Miete in nur vier Jahren! Wir fordern daher die bessere Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis, aber auch eine umfassendere Unterstützung des Studierendenwerks durch Mittel aus dem Landeshaushalt. Zwar wurden durch den aktuellen Landtag eine Wohnraumoffensive angekündigt, diese reicht aber lange nicht um den Bedarf zu decken. Der soziale Wohnungsbau für alle muss stärker gefördert werden. Studierende, Geflüchtete und Menschen mit keinem oder geringem Einkommen dürfen auf dem Wohnungsmarkt nicht gegeneinander ausgespielt werden! Vielfältiger Wohnraum ist wichtig für uns: Alle Wohnformen müssen vom Studierendenwerk weiterhin gefördert werden! Die Fokussierung auf Einzelappartement mit Nasszelle und Kochnische darf nicht unser Ziel sein. Bei unserem nächsten Gespräch mit dem Arbeitskreis Wissenschaft und Kultur im Landtag wird unsere Landeskoordinatorin das Thema Wohnraum daher erneut auf die Agenda setzen. Um an dieser Stelle mehr Druck ausüben zu können ist eure Unterstützung gefragt. Unterschreibt daher unsere Liste für mehr Wohnraum, welche niedersachsenweit bei den Juso-Hochschulgruppen ausliegt.

Wir wollen weiterhin, dass das Essen in der Mensa für alle Studierenden bezahlbar bleibt. Preissteigerungen wie die Kaffee-Preiserhöhungen der letzten Jahre dürfen nicht zur jährlichen Gewohnheit werden. Daher freuen wir uns zwar über die Einführung von Mehrwegbecher, doch statt eines Rabatts auf

den Kaffee wird es eine Strafzahlung bei Nutzung eines Einwegbechers geben. Das finden wir falsch. Insgesamt muss das Studierendenwerk als Betreiberin der Mensen und Cafeterien finanziell besser vom Land ausgestattet werden, um ein gutes Essensangebot zu fairen Preisen zur Verfügung stellen zu können. Um bei zunehmenden Wochenendveranstaltungen die Versorgung der Studierenden gewährleisten zu können, wollen wir uns dafür einsetzen, dass auch sonntags die Kaffee- & Teeversorgung sichergestellt ist.

Wir kämpfen für ein alters- und elternunabhängiges BAföG, dessen Sätze regelmäßig und automatisch an die finanzielle Lebensrealität der Studierenden angepasst werden. Kleine „BAföG-Reförmchen“ wie zuletzt vom zuständigen Ministerium vorgeschlagen, gehen uns nicht weit genug! Langfristig ist das BAföG wieder als Vollzuschuss vom Bund zur Verfügung zu stellen und wir streben eine deutliche Erweiterung des Berechtigten Kreises durch eine Anhebung der Freibeträge an. Damit BAföG-berechtigte Studierende dies auch annehmen, muss außerdem eine transparentere, breitere und verständlichere Beratung zu BAföG erfolgen.

Wir fordern eine konsequente Durchsetzung des gesetzlichen Verbotes zum Anwesenheitszwang. Dies würde zum Beispiel Studierende mit Kind, Studierende mit Beeinträchtigung oder Studierende, die einem Nebenjob nachgehen müssen, entlasten. Insbesondere Problemlagen von Studierenden die als Erste in ihrer Familie studieren müssen nach von allen Institutionen an der Hochschule stärker in den Fokus gerückt werden. Hier gilt es freiwillige Hilfsangebote zu schaffen, wie sie der Verein „Arbeiterkind“ anbietet. Nur so können wir eine umfassende Öffnung der Hochschule gewährleisten!

Leider werden immer noch Langzeitstudiengebühren vom Land erhoben. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass diese Gebühren, sowie der Verwaltungskostenbeitrag, eingestampft werden. Dieser beträgt 75€ pro Semester für die Verwaltung. Diese grundlegende Aufgabe der Universität darf nicht auf die Studierenden umgelegt werden, sondern vom Land finanziert werden. Und auch Kostenfaktoren innerhalb von Studiengängen, wie teure Pflichtpraktika, müssen für alle bezahlbar werden. Wir wollen hin zu einem gebührenfreien Bildungssystem, an dem Alle teilhaben können!

Seit 2015 gibt es den gesetzlichen Mindestlohn. Dieser gilt natürlich auch für Studierende, ob am Lehrstuhl, im Bistro, der Bibliothek oder am Fließband in der Mensa. Das muss ausnahmslos gelten, für alle geleistete Arbeitszeit! Außerdem fordern wir eine regelmäßige Anpassung des Mindestlohns sowie einen für studentische Mitarbeiter*innen an Hochschulen geltenden Tarifvertrag. Auch der wissenschaftliche Nachwuchs muss gefördert und nicht geschröpft werden. So arbeiten wissenschaftliche Hilfskräfte und Lehrbeauftragte der Universität in oft höchst prekären Arbeitsverhältnissen, mit Arbeitsverträgen, die nur wenige Monate Sicherheit geben, und mit einer Vergütung, von der alleine nicht gelebt werden kann. Für eine soziale und gerechte Hochschule mit guter Lehre muss sich das ändern!

2. Gute Lehre - Gutes Studium

Wir sprechen uns für ein kritisches und selbstbestimmtes Studium aus. Studierende sind erwachsene Menschen und sollten auch so behandelt werden. Leider nutzten viele Dozierende einen Gesetzespassus, um sich gegen die gesetzliche Abschaffung der Anwesenheitspflicht zu sperren. Wir sprechen uns gegen die Verschulung des Studiums aus. Seminare sollten aufgrund von Interesse und guter Lehre gefüllt sein – nicht aus Zwang. Gute Lehre muss einerseits durch didaktische Fortbildungen für Lehrende gewährleistet werden, andererseits durch gute Arbeitsbedingungen. Für uns geht der Kampf gegen die allgemeine Anwesenheitspflicht weiter! An der philosophischen Fakultät zum Beispiel gelten Anwesenheitspflichten bis heute. Das werden wir ändern!

Für uns ist ein gutes Studium auch eines, im welchen die Studierenden Unterstützung erhalten, um den Stress zu minimieren. Wichtig dafür ist die Psychosoziale Beratung, welche neben Beratung auch Kurse zur Entspannung und stressfreieren Studium anbietet. Da es seitens des Präsidiums Überlegun-

gen gibt, diese wichtige und viel genutzte Beratungsstelle der finanziellen Grundlage und damit ihrer Zukunft zu berauben, fordern wir als Juso-HSG die Weiterführung und den Ausbau zu sichern, um damit den Studierenden ein wenig der Last von den Schultern zu nehmen.

Zudem müssen Tutorien weiterhin gefördert und gesichert werden, da diese eine gute Prüfungsvorbereitung bieten. Um Belastungen zu reduzieren, ist das Anbieten mehrerer Prüfungstermine, flexible Prüfungsformen sowie eine konsequente Anonymisierung der Prüfungen ein zentraler Bestandteil. Ebenso muss das Teilzeitstudium verbessert und ausgebaut werden, um Studierende, insbesondere mit Kindern, zu entlasten.

In den letzten Jahren haben sich Bund und Länder zunehmend auf die Einwerbung von Drittmitteln durch die Hochschulen zur zusätzlichen Finanzierung verlassen. Damit haben sich diejenigen, die sich für gute Bildung und Forschung verbürgten, feige aus ihrer Verantwortung gestohlen. Hier gilt es, Bund und Länder wieder stärker in die Pflicht zu nehmen. Bildung ist ein hohes Gut und darf niemals nur der möglichst schnellen Bereitstellung von Arbeitskräften für den Arbeitsmarkt dienen. Eine flächendeckende Hochschulfinanzierung mit breitem Bildungsangebot zu etablieren, muss künftig gewährleistet werden, um eine „Zwei-Klassen-Bildung“ zu verhindern. Den föderalen Flickenteppich in seiner jetzigen Konstitution lehnen wir ab und fordern eine einheitliche Konzeption sowie ein endgültiges Ende des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern in Bildungsangelegenheiten. Über die Juso-Hochschulgruppen auf Bundesebene konnten wir diese Forderung tatsächlich über die SPD in die Bundespolitik bringen. Kürzlich einigte sich Berlin auf eine Änderung des Art. 104c, welche zumindest ein erster Schritt in Richtung Auflockerung des Kooperationsverbotes gewesen wäre. Nun stellen sich mehrere Landesregierungen quer. Für uns ist sicher, dass wir nicht lockerlassen werden und den Kampf weiterführen! Eine bessere Finanzierung durch die Änderung im Art. 104c GG würde eine von Drittmitteln unabhängige Wissenschaft fördern. Wir stellen uns gegen die Ökonomisierung der Hochschulen und die Ausrichtung auf die Verwertbarkeit von Bildung!

Zusatzqualifikationen und Schlüsselkompetenzen ermöglichen es Studierenden, das fachgebundene Büffeln zu verlassen und berufsfeldnahe oder praktische Studienbestandteile zu absolvieren. Egal ob Sprachkurse, Sachkompetenzen oder Rhetorik – bei Angeboten wie der Zentralen Einrichtung für Schlüsselqualifikationen (ZESS) können Studierende ihr Studium individuell ergänzen. Solche zusätzlichen Angebote gilt es zu erhalten und endlich langfristig auszufinanzieren, damit Kurse nicht wie zuletzt eingespart werden müssen. Fachgebundene Zertifikatprogramme wie Lehramt PLuS, das den Lehramtsstudierenden praxisnahe Studienbestandteile ermöglicht, sind ebenfalls akuter Finanzierungsnot bedroht und müssen langfristig erhalten werden.

Insgesamt gilt: Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen fordert eine von der Wirtschaft und finanziellen Eigenleistungen unabhängige Hochschule. Bildung als Investition in die Zukunft darf nicht privatisiert, ökonomisiert und durch Konkurrenzdenken bestimmt werden! Auch ohne eine neue, große Studienreform kann das Studium verbessert werden. An der Sozialwissenschaftlichen Fakultät sind z.B. die Anwesenheitspflichten bereits abgeschafft und somit die Bevormundung von Studierenden seitens der Universität eingeschränkt. Weiterhin sind die Wahl- und Kombinationsmöglichkeiten innerhalb der Studienfächer wichtig für ein selbstbestimmtes Studium. Dies gilt es für die gesamte Universität umzusetzen, damit das Studium nicht zu einer verlängerten Schulzeit verkommt. An der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät hat man durch Streichcredits und die Wiederholbarkeit von Prüfungen die Möglichkeit, seine Noten zu verbessern, wenn man in der Prüfung zum Beispiel einen Black-Out oder durch einen Nebenjob einfach zu wenig Zeit zum Lernen hatte. Solche Angebote müssen universitätsweit ausgebaut werden.

Weiterhin kann durch die Erweiterung der Prüfungsarten auf individuelle Stärken von Studierenden eingegangen werden. Kann sich eine Person besser mündlich ausdrücken, würde eine mündliche Prüfung statt einer Klausur die Leistungsfähigkeit besser abbilden. Auch eine Hausarbeit sollte durch

verschiedene andere schriftliche Leistungen ersetzt werden können, die einen äquivalenten Arbeitsaufwand haben. Darüber hinaus fordern wir eine flächendeckende Pseudonymisierung von Prüfungen. Dies erhöht die Chancengleichheit aller Studierenden und vermindert schlechtere Bewertungen, aufgrund individueller oder struktureller Abneigung.

Weiterhin sollen studentische Interessen in Lehrveranstaltungen respektiert und eingebunden werden. Lehrende und Lernende sollen auf einer Ebene agieren und möglichst hierarchiefrei miteinander arbeiten. Interdisziplinarität soll in Studiengängen ermöglicht werden, damit Studierenden die Chance gegeben wird, über den Tellerrand des eigenen Faches hinaus zu blicken und ihren Horizont zu erweitern. Hier können alle Fakultäten von dem vorhandenen Wissen an anderen Fakultäten profitieren und so Studieninhalte und Forschung verbessern. Wir fordern die bessere Zusammenarbeit der Fakultäten und die Suche nach fachspezifischen Möglichkeiten der Kooperation im Speziellen, wie z.B. gemeinsame Seminare oder Vorlesungsreihen.

In den Prüfungsphasen müssen den Studierenden ausreichend Arbeitsplätze in den Bibliotheken zur Verfügung stehen. Durch die hohe Zahl der Studienanfänger*innen in diesem Jahr muss auch die Öffnung von Seminarräumen in der vorlesungsfreien Zeit geprüft werden, damit allen Studierenden eine gute Vorbereitung auf die Prüfungen möglich ist. Dazu gehört auch ein Ausbau der Öffnungszeiten der Bereichs-Bibliotheken, wie z.B. die Bibliothek im Waldweg, und verbesserte Ausleihmöglichkeiten.

Bei der Prüfungsanmeldung über FlexNow soll eine kurzfristige An- und Abmeldung unbürokratisch möglich sein. Wichtig ist auch eine einheitliche Regelung für die gesamte Universität. Hier befürworten wir das Konzept, welches an der sozialwissenschaftlichen Fakultät umgesetzt wurde und eine Frist von 24 Stunden für die An- und Abmeldung von Prüfungen jeder Art vorsieht.

3. Campus-Infrastruktur und Digitalisierung der Bildung

Für ein gutes Studium muss auch eine gute Infrastruktur vorhanden sein. Doch anstatt maroder Gebäude und heruntergekommene Seminarräume zu renovieren, setzt die Uni immer noch viel zu häufig auf Prestigeprojekte wie die Restaurierung der alten Mensa oder dem Bau des Forum Wissen. Für uns gilt: Campus-Infrastruktur zu verbessern ist wichtiger als Leuchtturmprojekte zu finanzieren, die nur dem Ansehen einer „Elite“-Uni dienen sollen!

Zu einer guten Infrastruktur zählt für uns aber nicht nur, dass Gebäude nicht auseinanderfallen, sondern auch, dass ein gutes Studieren und gutes Leben auf dem Campus möglich ist. Das heißt, dass im Sinne eines sozialen Campus Treffpunkte, Rückzugsräume wie der Ruheraum im VG, selbstverwaltete Räume wie das Autonomicum, zentrale Orte zum Verweilen und mehr geschaffen werden – insbesondere auch am Nordcampus! Hier fehlen solche zentralen Treffpunkte und sozialen Räume wie am Zentralcampus bisher noch. Wir wollen uns daher dafür einsetzen, dass diese dort entstehen können.

Zu Infrastruktur gehört aber auch eine digitale Infrastruktur. In diesem Bereich engagiert sich die Ju-so-HSG aktiv, indem wir als Gruppe die studentische Digitalisierungsbotschafterin stellen. Im Rahmen der immer weiter voranschreitenden Digitalisierung der Lehre ist dieses Thema sehr wichtig. Dabei können flächendeckende Aufzeichnungen nur ein erster und längst überfälliger Schritt sein. Wir wollen nicht nur die alte Lehre digitalisieren, sondern die Digitalisierung auch zur Schaffung neuer Lehrkonzepte nutzen, die interaktiv gestaltet werden können. Das Ziel ist dabei keine Verlagerung des Studiums weg von der Uni in die eigene Wohnung, sondern ergänzende digitale Angebote zu schaffen, die den Kontakt unter Studierenden aber nicht ersetzen sollen.

Ein anderes Beispiel für Digitalisierung bzw. Grundlagen hierfür ist die Arbeit an Laptops und Tablets in Seminaren und Vorlesungen. Dabei sehen sich viele Studierende, aber in der täglichen Arbeit mit grundlegenden Hindernissen konfrontiert. Wichtig für einen problemlosen Einsatz technischer Geräte ist das reibungslose Funktionieren des WLANs in allen Gebäuden und Bereichen der Universität.

Darüber hinaus wollen wir uns für einen Ausbau der Computerarbeitsplätze & Softwareangebote am Campus und allen zugehörigen Institutionen, sowie den Ausbau von Steckdosen einsetzen. Besonders hinderlich bei der Nutzung von elektronischen Geräten an der Universität ist die extrem geringe Anzahl von Steckdosen, vor allem im ZHG und in einer Vielzahl der Seminarräume. Auch bereitgestellte digitale Endgeräte sind nicht an allen Fakultäten gleich präsent. Daher müssen mehr PC-Arbeitsplätze und entsprechende Software zur Verfügung gestellt werden. Ein digitaler Campus sollte für alle zugänglich sein.

Um die Digitalisierung der Hochschulen sicherzustellen, bedarf es eines zeitgemäßen Urhebers*innenrechts. Für uns ist dabei klar, dass die Bereitstellung von digitalen Texten sichergestellt sein muss. Daher werden wir uns auch weiterhin für Open Access Lösungen im Bildungsbereich einsetzen. Es bedarf neuer, zeitgemäßer Wege, Wissen, das an öffentlichen Einrichtungen entsteht, zu publizieren und abzurufen.

4. Gleichstellung und Diversität

Grundlegend für eine soziale und gerechte Hochschule ist für uns der aktive Kampf für Geschlechtergerechtigkeit in einer Gesellschaft, in der Frauen* in vielen Bereichen noch immer benachteiligt sind. So sind an der Universität Göttingen nur ca. 25% der Professuren weiblich besetzt, obwohl der Anteil der Studentinnen und promovierenden Frauen bei ca. 50% liegt. Hier zeigt sich eine erhebliche Diskrepanz, die es zu beseitigen gilt.

Zu Diversität zählt aber auch, die Vielfalt der Geschlechter zu betrachten und sich aktiv für Menschen einzusetzen, die sich nicht in das binäre Geschlechtssystem (männlich-weiblich) und/oder das heteronormative System einordnen können oder wollen. Wir streben auch weiterhin an, die Studierenden mehr für diese Themen zu sensibilisieren und im AStA explizit auch LSBTIQ* (Lesbisch/Schwul/Bisexuell/Trans*/Inter*/Queer) zu vertreten, sowie Gender- und Diversitätsthemen zu behandeln und Studierende über diese zu informieren.

Ebenfalls versuchen wir ein Klima an der Universität zu schaffen, in dem niemand aufgrund seines*ihres Geschlechts, Aussehens oder sexueller Orientierung diskriminiert oder angegriffen wird. Besonders sexualisierte Gewalt gegen Frauen* muss dabei bekämpft werden. Noch immer zeigen Studien und Hashtags wie #metoo, dass ungefähr jede zweite Studentin von sexueller Belästigung und/oder sexualisierter Gewalt betroffen ist. Das muss sich ändern! Dabei gilt es, die Gleichstellungsbeauftragten an der Universität zu stärken und Beratungsangebote für Betroffene zu erhalten und auszubauen. Auch ein AStA muss hier mithelfen und durch Beratung und politische Arbeit mitwirken. Der aktuelle mitte-rechts-AStA leistet dies nicht, weswegen wir uns über eure Unterstützung und mithilfe freuen würden dies zukünftig wieder zu ändern.

Weiterhin gehört zu Diversität, behinderte Menschen genauso mit einzubeziehen wie alle anderen Studierenden auch. Wir wollen die Vertretung für Studierende mit Beeinträchtigung (VfSB) weiterhin unterstützen und das Konzept vorantreiben, dass sich betroffene Personen selbst in die Hochschulpolitik einbringen können. Dabei ist die Umsetzung von Barrierefreiheit ein elementares Thema, für das wir uns auch weiterhin einsetzen wollen, auch wenn wir wissen, dass Barrierefreiheit nur ein Baustein für die Umsetzung von Inklusion ist.

Die Universität Göttingen ist auch eine international anerkannte Institution, weshalb viele ausländische Studierende in Göttingen leben und die Stadt bereichern. Wir wollen, dass alle Studierenden gemeinsam lernen und leben, ohne Angst vor Diskriminierung und Vorurteilen zu haben. Hier gilt es auch, diskriminierende Länderklischees zu überwinden.

5. Demokratisierung der Hochschule

Transparenz ist für uns nicht nur im AStA ein wichtiger Aspekt, sondern auch in den universitären Gremien der akademischen Selbstverwaltung. Die letzten Jahre zeigen allerdings, dass immer mehr Entscheidungskompetenzen von den demokratisch gewählten Gremien, wie dem Senat oder den Fakultätsräten, in die Hinterzimmer des Präsidiums verlagert werden. Es darf nicht sein, dass sich das Präsidium über Beschlüsse von Fakultätsräten oder anderen demokratisch legitimierten Gremien hinwegsetzt und keinerlei Rechenschaft über ihr Handeln ablegen muss. Das bewusste Zurückhalten von Informationen gegenüber Studierenden hat nichts mit einem respektvollen Miteinander zu tun.

Die Gremien der Universität und des Studierendenwerks bedürfen allerdings ebenfalls einer Reform. Die Studierenden werden zurzeit in Relation zu ihrer Größe als größte Statusgruppe ungenügend abgebildet. Wir brauchen endlich paritätisch besetzte Gremien, die Professor*innen, den Mittelbau, die Studierenden sowie die Mitarbeiter*innen aus Technik und Verwaltung gleichmäßig abbilden. Langfristig wollen wir die Struktur der Statusgruppen aufbrechen.

6. Kultur

Wir setzen uns aktiv für eine kulturell vielfältige Universität ein. So ist es auch weiterhin ein Hauptanliegen von uns, dass das Stilbrvch als vom Kulturkollektiv verwalteter studentischer Veranstaltungskeller nicht mehr finanziell abhängig vom AStA sein, sondern selbstständig arbeiten können soll. Auch außerhalb des Campus sind Kulturveranstaltungen wichtig. Diese wollen wir weiterhin aktiv durch das, vor einigen Jahren durch einen rot-grünen AStA eingeführte, Kulturticket fördern. Es ist auch weiterhin unser Anspruch, das Kulturticket stetig zu verbessern, auszubauen und bezahlbar zu halten.

Wählt die Juso-Hochschulgruppe für einen besseren AStA!

Studierendenparlament: Liste 5, Senat: Liste 2